



AKTUELLES AUS DEM EU-PARLAMENT

PLENARDEBATTE IN STRASSBURG

JANUAR 2014



Barbara Weiler MdEP





INHALTSVERZEICHNIS

INSTITUTIONEN

Debatte zu Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft	1
---	---

BINNENMARKT

Öffentliche Auftragsvergabe: Bessere Qualität und mehr Leistung für den Preis	1
---	---

INTERNATIONALER HANDEL

Unterstützung für EU-Firmen bei Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen in Drittländern	2
---	---

BESCHÄFTIGUNG

a) EU-Länder müssen Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger achten	2
b) Strengere Arbeitskontrollen zur Bekämpfung von Sozialdumping	3

UMWELT

a) CO ₂ -Emissionen: Umweltfreundlichere Lieferwagen bis 2020	3
b) Plastikmüll: Parlament schlägt Alarm	4

WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG

Neue EZB-Direktorin: Abgeordnete stimmen Ernennung von Sabine Lautenschläger zu	5
---	---

VERKEHR

Neue Regeln für intelligente Fahrtenschreiber	5
---	---

REDEN

zum Vergabepaket	6
zum Zugang von Drittstaaten zum EU-Vergabemarkt	6

PRESSEMITTEILUNG

zum Kampf gegen Plastikmüll	7
zum Vergabepaket	8
zum Zugang von Drittstaaten zum EU-Vergabemarkt	9



INSTITUTIONEN

Debatte zu Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft

Seit dem 1. Januar hat Griechenland die EU-Ratspräsidentschaft inne. Während des Plenums erläuterte der griechische Premierminister Antonis Samaras die Prioritäten für die nächsten sechs Monate. Seine Ziele: Wachstum fördern und Arbeitsplätze schaffen, die Bankenunion voranbringen und die Lasten in der Einwanderungspolitik umverteilen. In allen Bereichen werde mehr europäischer Zusammenhalt gebraucht, so Samaras. Die EU-Abgeordneten warnten, dass die Krise in Griechenland noch nicht vorüber sei.

Wie wichtig es sei, effizient Entscheidungen zu treffen, habe die Eurokrise gezeigt. Während der Krise wurde der Zusammenhalt in der EU und ihre Währung auf die Probe gestellt, erklärte Samaras vor den EU-Abgeordneten. Aus diesem Grund müsse das Europaparlament weiter gestärkt werden, betonte Samaras, der selbst einmal EU-Abgeordneter war.

Der griechische Premierminister sagte, man habe während der Krise gemerkt, dass Europa funktioniere. Er bedankte sich bei allen Europäern für die Solidarität mit seinem Land. Mit Blick auf die europäischen Wahlen im Mai sagte Samaras: "Wir wollen, dass die Bürger nicht mit dem bitteren Geschmack der Krise wählen gehen."

BINNENMARKT

Öffentliche Auftragsvergabe: Bessere Qualität und mehr Leistung für den Preis

Das Parlament hat neue EU-Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen und Konzessionsverträge angenommen. Damit soll die Qualität und das Preis-Leistungsverhältnis von Bauarbeiten, Waren oder Dienstleistungen, erworben von öffentlichen Auftraggebern, verbessert werden. Weiterhin soll es für KMUs einfacher werden, sich an Ausschreibungen zu beteiligen. Die Pressemitteilung von Barbara Weiler finden Sie auf Seite 7, die Rede während der Plenardebatte auf Seite 6.

Die neuen Regeln stärken den fairen Wettbewerb und gewährleisten ein optimales Preis-Leistungsverhältnis, indem neue Zuschlagskriterien eingeführt werden, die ökologische und soziale Aspekte sowie die Innovation deutlicher berücksichtigen.

Ein optimales Preis-Leistungsverhältnis

Dank des neuen Kriteriums des "wirtschaftlich günstigsten Angebots" im Vergabeverfahren können Behörden den Schwerpunkt stärker auf Qualität, Umwelt- oder Sozialaspekte sowie Innovation legen, und dabei weiterhin den Preis und die Lebenszykluskosten der ausgeschriebenen Ware oder Leistung berücksichtigen.

"Das neue Kriterium wird das Diktat des niedrigsten Preises beenden und die Qualität wieder in den Mittelpunkt stellen", erklärte der Berichterstatter Marc Tarabella (S&D, BE).



- 2 -

Weniger Verwaltungsaufwand für Anbieter, einfacherer Zugang für KMU

Das Bietverfahren für Unternehmen wird einfacher. Es müssen weniger Unterlagen eingereicht werden. Die neuen Regeln fördern auch die Unterteilung der Aufträge in Lose, damit kleine Unternehmen leichter mitbieten können.

Schärfere Regeln für Unteraufträge

Um Sozialdumping zu bekämpfen und die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten zu gewährleisten, sehen die neuen Gesetze Regeln vor für Unteraufträge und schärfere Bestimmungen für Angebote, deren Preis ungewöhnlich niedrig ist. Auftragnehmer, die die EU-Arbeitsrechtsvorschriften nicht beachten, können von einer Ausschreibung ausgeschlossen werden.

INTERNATIONALER HANDEL

Unterstützung für EU-Firmen bei Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen in Drittländern

Das Parlament hat Bestimmungen angenommen, die EU-Staaten erlauben, Firmen aus Drittländern von öffentlichen Aufträgen über fünf Millionen Euro auszuschließen, sofern diese Länder EU-Firmen eine Teilnahme am Bieterwettbewerb ebenfalls nicht gestatten. Entwicklungsländer sind von der Regelung explizit ausgenommen. Die Pressemitteilung der SPD-Europaabgeordneten Barbara Weiler und Bernd Lange finden Sie auf Seite 8, die Rede während der Plenardebatte auf Seite 6.

Diese Maßnahme, die nur mit dem Einverständnis der Europäischen Kommission angewendet werden kann, zielt darauf ab, die Verhandlungsposition der EU in Gesprächen mit Drittländern zu stärken. Laut Kommission sind bereits 85 Prozent des EU-Beschaffungsmarktes potentiell offen für internationale Bieter. Im Vergleich dazu sind dies nur 32 Prozent der öffentlichen Aufträge in den USA und 28 Prozent in Japan.

Sanktionen aus dieser Richtlinie sollen ebenfalls greifen können, wenn internationale Standards im Arbeitsrecht in einem Drittland nicht eingehalten werden.

BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

a) EU-Länder müssen Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger achten

Das Parlament lehnt ausdrücklich die Position einiger führender Politiker in der EU ab, die die Freizügigkeit der EU-Bürger einschränken wollen. Zeitlich befristete Beschränkungen der Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen sind zum 1. Januar 2014 ausgelaufen.

Das Parlament stellt fest, dass im Vorfeld der Europawahl die Freizügigkeit der EU-Bürger zu einem Wahlkampfthema für einige politische Parteien geworden ist, und dass die Gefahr be-



steht, dass diese Debatte zu einem Anstieg von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit führen könnte.

Die Mobilität der Arbeitskräfte fördert die Wirtschaft / Missbrauch von Sozialleistungen ohne Diskriminierung bekämpfen

Die jüngsten Untersuchungen der Kommission haben gezeigt, dass zugewanderte Arbeitnehmer insgesamt einen messbaren positiven Beitrag zu Wirtschaft und Haushalt ihres jeweiligen Aufnahmelandes leisten. Die Abgeordneten weisen die Mitgliedstaaten auf ihre soziale Verantwortung hin, den Missbrauch ihrer Sozialsysteme zu bekämpfen, unabhängig davon, ob dieser von ihren eigenen Bürgern oder von Bürgern anderer Mitgliedstaaten begangen wird.

b) Strengere Arbeitskontrollen zur Bekämpfung von Sozialdumping

Das für Arbeitskontrollen in den Mitgliedstaaten nötige Personal sowie die erforderlichen finanziellen Ressourcen sollen aufgestockt werden, um Schwarzarbeit, Scheinselbstständigkeit und Sozialdumping verstärkt zu bekämpfen sagen die Abgeordneten.

"Die Schwarzarbeit in der EU macht im Jahr 2012 bis zu 18,8 % des europäischen Bruttoinlandsprodukts aus. Unsere nationalen Arbeitskontrollbehörden haben eine wichtige Rolle bei der Förderung eines fairen Wettbewerbs in der EU. Sie schützen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, stärken aber auch gerade die ehrlich arbeitenden Unternehmen. Sie verhindern illegale Arbeitgeberpraktiken und Missbrauch, sie erhöhen das Steueraufkommen und kontrollieren Lohn- und Sozialversicherungszahlungen. Leider sind unsere Arbeitskontrollen überall in Europa chronisch unterbesetzt, und es findet eine sehr schlechte grenzüberschreitende Kooperation statt", fasst die Berichterstatterin Jutta Steinruck (S&D, DE) zusammen.

Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die Abgeordneten fordern die Einrichtung einer europäischen Plattform für Arbeitsinspektoren zur Kontrolle von Schwarzarbeit, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken sowie ein Verzeichnis von Briefkastenfirmen und ähnlichen Missbräuchen und Unregelmäßigkeiten erstellen können.

UMWELT

a) CO2-Emissionen: Umweltfreundlichere Lieferwagen bis 2020

Der Grenzwert für die CO2-Emissionen neuer, in der EU verkaufter leichter Nutzfahrzeuge wird bis zum Jahr 2020 von 203 auf 147 g CO2/km gesenkt. So entschied das Europäische Parlament. Der Text, der bereits informell mit den EU-Ministern vereinbart wurde, fordert zudem die Einführung zuverlässigerer Testmethoden für CO2-Emissionen.



- 4 -

Das Ziel von 147 g CO₂/km bis 2020 ist die höchste zugelassene durchschnittliche Emission für Hersteller in der EU von Nutzfahrzeugen mit einem Leergewicht bis zu 2,61 Tonnen und einer zulässigen Gesamtmasse bis zu 3,5 Tonnen. Parlament und Rat haben sich darauf geeinigt, dass Unternehmen betroffen sind, die mehr als 1000 Fahrzeuge pro Jahr herstellen.

Hersteller müssen daher als Ausgleich für schwerere oder umweltschädlichere Fahrzeuge genügend umweltfreundlichere Modelle produzieren, um den Durchschnittswert von 147 g CO₂/km bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Ansonsten drohen Sanktionen.

b) Plastikmüll: Parlament schlägt Alarm

Die Abgeordneten fordern ab 2020 ein Verbot der gefährlichsten Plastikprodukte und bestimmter Plastiktüten, als Teil einer europäischen Strategie zur Verringerung von Kunststoffabfällen in der Umwelt. Die EU sollte auch verbindliche Recycling-Ziele für Plastikmüll einführen, so der Text einer Entschließung (Pressemitteilung von Barbara Weiler auf Seite 6).

"Das Parlament hat gezeigt, wie wir mit dem großen Problem der Gefährdung von Umwelt und öffentlicher Gesundheit durch Plastikmüll umgehen müssen. Heute haben wir klar gesagt, dass wir schlechte Gewohnheiten ändern und Verantwortung für unsere Erzeugnisse übernehmen wollen, von der Herstellung bis zur Entsorgung. Indem wir die Produkte verantwortungsbewusst verwenden und sie so oft wie möglich wiederverwerten, unterstützen wir den Übergang zu einer 'Kreislaufwirtschaft'. Auf diese Weise säubern wir unsere Umwelt auf See und auf dem Land, und schaffen zusätzliche Arbeitsplätze", sagte der Berichterstatter Vittorio Prodi (S&D, IT).

Die Abgeordneten schlagen vor, spezifische verbindliche Ziele für die Sammlung - und Sortierung von bis zu 80% - von Kunststoffabfällen auf EU-Ebene festzulegen. Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass die gefährlichsten Kunststoffe vom Markt genommen werden sollten - darunter fällt auch ein schrittweises Verbot von Einweg-Plastiktüten.

Ungenutzte wirtschaftliche Möglichkeiten

Das Parlament unterstreicht, dass das wirtschaftliche Potenzial des Recyclings von Kunststoffabfällen weitgehend ungenutzt ist. Nur 25% des Plastikmülls wird derzeit wiederverwertet. Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass sich bei vollständiger Umsetzung des EU-Abfallrechts jährlich 72 Mrd. Euro einsparen, der Jahresumsatz der Abfall- und Recyclingbranche in der EU um 42 Mrd. Euro steigern und bis 2020 über 400.000 Arbeitsplätze schaffen ließen



WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG

Neue EZB-Direktorin: Abgeordnete stimmen Ernennung von Sabine Lautenschläger zu

Das Parlament hat der Ernennung der Deutschen Sabine Lautenschläger als Nachfolgerin des ebenfalls aus Deutschland stammenden Jens Asmussen zugestimmt, der die Zentralbank verlassen hatte. Das Parlament hatte sich 2012 für die Ernennung einer Frau für das ausschließlich von Männern besetzte EZB-Direktorium eingesetzt.

VERKEHR

Neue Regeln für intelligente Fahrtenschreiber

Die Abgeordneten haben überarbeitete Regeln für eine neue Generation von digitalen Fahrtenschreibern angenommen. Mit "intelligenten" Fahrtenschreibern sollen die vorgeschriebenen Fahrt- und Ruhezeiten besser durchgesetzt werden. Sie sollen auch zur Betrugsbekämpfung beitragen, Kontrollen der Unternehmen verringern und die Verkehrssicherheit erhöhen.

Die "intelligenten" Fahrtenschreiber können Geschwindigkeiten und Entfernungen sowie den Beginn und das Ende einer Transportfahrt automatisch aufzeichnen. Sie ermöglichen zudem die Fernkontrolle über eine drahtlose Datenübertragung an die Behörden zur leichteren Erkennung von Missbrauch oder Manipulation. Geldstrafen oder Sanktionen können nicht alleine auf der Grundlage der Fernkontrollen auferlegt werden. Das neue System wird jedoch dazu beitragen, Straßenkontrollen zu reduzieren und "schwarze Schafe" gezielt zu kontrollieren.

Handwerker sind von der Regelung ausgenommen

Lastkraftwagen von weniger als 7,5 Tonnen sollen dann von der Regelung befreit werden, wenn sie Materialien, Ausrüstungen oder Maschinen transportieren, die vom Fahrer im Verlauf seiner Arbeit genutzt und in einem Umkreis von 100 km von der Zentrale des Unternehmens verwendet werden, sofern das Führen des Fahrzeuges nicht die Haupttätigkeit des Fahrers ist.



REDEN

Barbara Weiler zum Vergabepaket, Straßburg, 14.01.2014

Barbara Weiler (S&D). Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hier im Parlament haben uns zum Vergabepaket geeinigt und kennen unsere Standpunkte und Argumente. Ich möchte mich daher konzentrieren auf drei Vorurteile, die von außen – von den Medien, von der Wirtschaft und anderen – an uns herangetragen werden. Das erste ist die Bürokratie. Wir beginnen mit neuen sozialen Kriterien: Einhaltung von Tarifen, IAO-Normen, Verbot der Kinderarbeit, Regelung von Unteraufträgen, Regelung gegen Korruption etc. Ist das bürokratisch? Ja, das kann sein. Im Einzelfall kann das sein, aber es ist politisch gewollt, um unsere Arbeitsmärkte und Europa zu regulieren.

Zweitens: Privatisierung von Wasser. Wir Sozialdemokraten sind grundsätzlich gegen Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge. Ich betone aber: Die Entscheidung liegt bei den Kommunen. Und daher ist es leider nicht ausgeschlossen, dass morgen meine Nachbargemeinde die Wasserversorgung privatisiert. Ich würde es bedauern, aber es ist nicht ausgeschlossen.

Und der letzte Punkt: Vorurteil niedrigster Preis. Wir haben das diskutiert. Der Preis muss nicht der niedrigste sein. Nachhaltige Investitionen sind wichtig, und daher ist auch dies ein Vorurteil, das wir hoffentlich ausgeräumt haben.

Barbara Weiler zum Zugang von Drittstaaten zum EU-Vergabemarkt, Straßburg, 14.01.2014

Barbara Weiler (S&D). Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dieser Initiative betreten wir Neuland - trotz WTO-Abkommen über GPA. Darum ist es umso wichtiger, dass wir sorgfältig vorgehen. Als Mitglieder im Binnenmarktausschuss waren uns zwei Punkte besonders wichtig. Der eine wurde schon von Herrn Lange genannt: Diese Initiative muss kohärent sein mit den Vergabepaketen, die wir heute Nachmittag diskutiert haben, also auch soziale und ökologische Kriterien einbeziehen. Darüber hinaus waren uns besonders wichtig, die Probleme der besonders niedrigen Angebote in den Griff zu bekommen und geeignete Lösungen zu finden und auch die soziale Verantwortung von Unternehmen einzubeziehen.

Mir persönlich ist es noch wichtig, dass es vergleichbare Industriestaaten sind und es nicht Entwicklungsländer betrifft. Es ist natürlich verführerisch, Länder hineinzunehmen mit zweistelligen Zuwachsraten. Aber das ist nicht Sinn der Initiative, sondern es geht um fairen Marktzugang für alle Beteiligten.

Ich wünsche vor allen Dingen den Kolleginnen und Kollegen in der nächsten Legislaturperiode, die dieses Dossier ja beenden werden, Zeit für eine seriöse Beratung und einen klugen Beschluss. Danke.



Straßburg, den 15. Januar 2014

EP / Plastikmüll

Barbara WEILER:
"Plankton statt Plastik"

EU-Parlament fordert umweltfreundlichere Strategie für Kunststoffabfall

Europa will gegen Plastikmüll vorgehen. Am Dienstag hat das Europäische Parlament einen Bericht verabschiedet zur *europäischen Strategie für Kunststoffabfälle in der Umwelt*. Damit unterstützen die Abgeordneten entsprechende Ideen der EU-Kommission.

"Kunststoff ist langlebig, leicht und kostengünstig. Diese Eigenschaften machen ihn als Material einerseits attraktiv, andererseits hoch problematisch aus Umweltsicht", erläutert die nordhessische SPD-Europaabgeordnete **Barbara WEILER**. "Bedenklich wird diese Langlebigkeit vor allem bei Plastikpartikeln in Weltmeeren, welche die Menge an Plankton bereits um ein mehrfaches überschreiten." Im Jahr 2008 fielen EU-weit geschätzte 25 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle an, wovon nur etwa 25 Prozent recycelt wurden. Deponierung und Verbrennung bleiben die vorherrschenden Entsorgungswege. Mit einem Müllteppich von etwa 100 Millionen Tonnen sind allerdings die Weltmeere die größte Mülldeponie für Kunststoff.

"Wenn wir die Vorteile von Plastik nutzen, müssen wir gleichzeitig auch Verantwortung für die Entsorgung übernehmen", ist **Barbara WEILER** überzeugt. "Wiederverwenden, Sammeln, Recyceln muss unsere Devise lauten." Die mangelhafte Umsetzung bestehender Gesetzgebung ist eine Hauptursache der geringen Recyclingquote. Die Parlamentarier fordern nun beispielsweise die Recycelbarkeit von Kunststoff zu verbessern, etwa über ein Verbot schädlicher Zusatzstoffe, und strengere Kontrollen der Abfallströme. Zudem sollen Einweg-Plastiktüten drastisch reduziert und womöglich schrittweise vom Markt genommen werden - einen Gesetzesvorschlag brachte EU-Kommissar Janez Potocnik bereits auf den Weg. Damit wird sich das demnächst neugewählte EU-Parlament befassen.

"Die Nordseeinsel Juist hatte übrigens 2002 wegen des Robbensterbens mehrere Jahre Plastiktüten verboten - kein Problem für mich und andere Touristen", so **Barbara WEILER** abschließend.

Für weitere Informationen: Barbara Weiler, Handy: +49-170-3404804.

PRESSEMITTEILUNG



Straßburg, den 15. Januar 2014

EP / Öffentliche Auftragsvergabe & Konzessionen

Barbara WEILER:
"Vergabepaket verabschiedet"
Sozialdemokraten gestalten 'Fair Trade' / Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien

Steuergeld nachhaltig und intelligent einsetzen - dieses Ziel haben die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament bei der Reform der Vergaberegeln für öffentliche Aufträge durchgesetzt. Am Mittwoch stimmten die Abgeordneten in Straßburg für die Modernisierung des öffentlichen Auftragswesens.

"Die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Auftragsvergabe führt dazu, dass Steuergeld nachhaltig verwendet wird. Wir verhindern, dass es in den Kassen von Firmen landet, die Sozialdumping betreiben", so die nordhessische SPD-Europaabgeordnete **Barbara WEILER**.

In den Verhandlungen wurden drei Vorurteile ausgeräumt:

1. Das Paket sei bürokratisch: Fakt ist, es wurden nur dort zusätzliche Regeln geschaffen, wo es nötig war - beispielsweise mit der Einführung von sozialen und ökologischen Kriterien.
2. Die Reform führe zur Privatisierung der Wasserversorgung: Fakt ist, die Selbstverwaltung der Kommune wird gestärkt. Sie entscheidet darüber, wie wichtige Dienstleistungen erbracht werden.
3. Das billigste Angebot müsse gewählt werden: Fakt ist, die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben erreicht, dass letztlich das langfristig beste - nicht das preisgünstigste - Angebot den Zuschlag erhält.

Kommunen können nun zum Beispiel sicherstellen, dass in einem Kindergarten oder Krankenhaus qualitativ hochwertige Lebensmittel serviert werden, oder mit Firmen kooperieren, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Die neuen Gesetze reduzieren zudem den Verwaltungsaufwand für Anbieter und erleichtern kleinen Betrieben den Zugang zu Ausschreibungen. Strenge Regeln für Zulieferer und bei 'ungewöhnlich niedrigen' Geboten garantieren, dass arbeitsrechtliche Vorgaben und Tarifvereinbarungen eingehalten werden.

"Diese Reform ist eine gute Nachricht für alle Bürgerinnen und Bürger. Ihr Geld wird bestmöglich investiert", so die Binnenmarktexpertin **Barbara WEILER** abschließend.

Für weitere Informationen: Barbara Weiler, Handy: +49-170-3404804.

PRESSEMITTEILUNG



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Herausgeber: Dr. Udo Bullmann (V.i.S.d.P.)

www.spd-europa.de

Bernd Lange und Barbara Weiler

"Eintritt nur bei Fair Play"

15.01.2014

Europäisches Parlament regelt Zugang von Drittländern zum EU-Markt für öffentliche Beschaffung

Der europäische Markt für das öffentliche Beschaffungswesen ist keine Einbahnstraße. Das hat das Europäische Parlament am Mittwoch in Straßburg klargestellt und entschieden, dass es künftig möglich sein soll, Angebote aus solchen Drittländern, die selbst den Zugang zu ihren eigenen Märkten beschränken, von öffentlichen Ausschreibungen in der EU auszuschließen.

"Der weltweite Markt für öffentliche Beschaffung muss unter gerechten Vorzeichen ablaufen", begrüßt der SPD-Europaabgeordnete und handelspolitische Sprecher der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament **Bernd LANGE** das Abstimmungsergebnis und erklärt: "Wenn Drittländer EU-Anbieter diskriminieren, dann muss die EU in der Lage sein, Gegenmaßnahmen zu erlassen."

Öffentliche Beschaffung macht fast 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU aus und spielt eine wichtige Rolle für Innovation und industrielle Produktion. Während der Großteil des EU-Beschaffungsmarktes für internationale Anbieter offen steht, weigern sich jedoch viele Drittländer, ihre Märkte für öffentliche Aufträge und Konzessionen für den internationalen Wettbewerb zu öffnen.

Deshalb diene die vorgeschlagenen Maßnahmen der Herstellung gleicher Wettbewerbsvoraussetzungen, stellt der SPD-Europaabgeordnete **Bernd LANGE** klar. Zudem sollen fragwürdige Angebote in der EU ausgeschlossen werden können: "Nicht nur für Anbieter aus der EU, sondern auch für Anbieter aus Drittländern muss es möglich sein, Angebote, die auf unseriösen Praktiken beruhen, auszuschließen."

Die Sozialdemokraten setzten sich dabei mit ihrer Forderung durch, dass nicht nur unlautere Subventionen, sondern auch die Nichteinhaltung von Arbeits- und Umweltstandards zum Ausschluss von Angeboten führen kann: "Wir haben die Einhaltung von Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards zum Kriterium bei der Auftragsvergabe gemacht. Dies ist ein großer sozialdemokratischer Fortschritt", zeigt sich **Bernd LANGE** erfreut.

Die Vergabeexpertin **Barbara WEILER**, die im Binnenmarktausschuss für das Dossier zuständig war, ergänzt: "Ein besonders wichtiger sozialdemokratischer Erfolg ist, dass ungewöhnlich niedrige Angebote überprüft werden müssen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Sozialdumping und betont die soziale Verantwortung von Unternehmen."

Weitere Informationen: Büro LANGE +32 2 28 37555; Barbara WEILER +49 170 3404804 und und Alga Stenzel +32 473 930 060 (Pressesprecherin)

Europäisches Parlament
S&D-Fraktion, Pressestelle der SPD-Gruppe
facebook.com/SPDfuerEuropa, twitter.com/SPDEuropa
www.spd-europa.de

Rue Wiertz 12G138, B- 1047 Brüssel, Tel.: +32 2 28 41779 und /43665